

Themenverteilungsplan für den einstündigen Kurs: Politisches System

3.2.2. Politisches System		
3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems		
3.2.2.2 Politische Teilhabe		
3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren		
	Leitfrage: Wie gut funktioniert unsere Demokratie?	
Leitfrage/Impulse zur Unterrichtsgestaltung	Kompetenzen & Basiskonzepte Inhaltsbezogene und prozessbezogene Kompetenzen	Stundenzahl max. 32
<p>In welchem Staat möchte ich (nicht) leben?</p> <ul style="list-style-type: none"> Fallbeispiele (kurze Länderporträts), z.B. von Großbritannien oder USA, China, Nordkorea Vergleich (vorgegebene Vergleichskriterien) 	<p>Ordnung und Struktur: Welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt?</p> <p>Macht und Entscheidung: Wie werden in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p> <p>3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems</p> <p>(1) demokratische, autoritäre und totalitäre Typen politischer Systeme vergleichen (zum Beispiel Herrschaftslegitimation, -zugang, -anspruch, -monopol, -struktur und -weise)</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien 	2
<p>Unumstößliche Kernelemente im EU-Mitgliedsstaat Bundesrepublik</p> <ul style="list-style-type: none"> Fallbeispiel für den Abbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (z.B. Ungarn, Türkei) passende GG-Artikel finden und Staatsstrukturprinzip erläutern: Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, 	<p>Ordnung und Struktur: Welche unterschiedlichen Formen politischer Systeme es gibt?</p> <p>Macht und Entscheidung: Wie werden in den unterschiedlichen Systemen politische Entscheidungen getroffen?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p> <p>3.2.2.1 Grundlagen des politischen Systems</p> <p>(2) Staatsstrukturprinzipien nach Art. 20, 23, 24 GG erläutern (Demokratie, Rechtsstaat, Bundesstaat, Republik, Sozialstaat, offene Staatlichkeit)</p> <p>2.4 Methodenkompetenz</p>	2

<p>Sozialstaat, offene Staatlichkeit</p>	<ul style="list-style-type: none"> ○ Informationen aus Rechtstexten entnehmen (zum Beispiel Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, UN-Charta, UN-Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Jugendschutzgesetz, Schulgesetz, SMV-Verordnung) → Arbeit mit Rechtstexten 	
<p>Lernvoraussetzung</p>	<p>Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, welche Möglichkeiten Bürger haben, ihre Interessen in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen (Macht und Entscheidung), und wie das Grundgesetz die Teilhabe regelt (Regeln und Recht), welchen Beitrag die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten leisten, wie die Demokratie gesichert und geschützt werden kann (Interessen und Gemeinwohl) und welche Bedeutung Medien für eine demokratische Gesellschaft haben (Privatheit und Öffentlichkeit).</p>	
<p>Die personalisierte Verhältniswahl – ein fader Kompromiss?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vergleich: relative Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen (Unterhaus, GB), absolute Mehrheitswahl in Einerwahlkreisen (Nationalversammlung, Frankreich), Verhältniswahl ohne Sperrklausel (Nationalversammlung, Südafrika); personalisierte Verhältniswahl mit 5%-Klausel (Bundestag, Deutschland) • Bewertung der personalisierte Verhältniswahl mit 5%-Klausel mögliche Kriterien (D. Nohlen): Repräsentation, Konzentration, Partizipation, Einfachheit, Legitimität 	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert?</p> <p>3.2.2.2 Politische Teilhabe</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) das Wahlsystem zum Bundestag mit reinen Mehrheits- und Verhältniswahlsystemen in anderen Staaten vergleichen (Legitimation, Repräsentation, Regierungsbildung) (2) das Wahlsystem zum Bundestag bewerten <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Sach-, Konflikt- und Problemlagen anhand von Modellen und Theorien untersuchen → Arbeit mit Modellen und Theorien <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	<p>6</p>
<p>Demokratie in der Schieflage?</p>	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft in Deutschland legitimiert?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten die Beteiligungsverfahren zum demokratischen und gewaltfreien Lösen von Interessenkonflikten? Wie kann die Demokratie weiterentwickelt und</p>	<p>4</p>

<ul style="list-style-type: none"> Asymmetrische Mobilisierung: Ursachen aus Statistiken und/oder Text herausarbeiten Erläutern der Folgen (Erweiterung der Perspektive: subjektiv → öffentlich → systemisch) Bewertung der Folgen <p>Mögliche Bewertungskriterien: Gerechtigkeit, Repräsentation, Partizipation</p> <p>Spannungsverhältnis, z.B. Interesse vs. Gemeinwohl, Partizipation vs. Repräsentation</p>	<p>gesichert werden?</p> <p>3.2.2.2 Politische Teilhabe</p> <ul style="list-style-type: none"> (3) Ursachen des Nichtwählens (Protest, Politikferne, Zufriedenheit) beschreiben und mögliche Folgen einer geringen Wahlbeteiligung (fehlende Legitimation, Interessendurchsetzung wahlaktiver Minderheiten) erläutern (4) den Zusammenhang von sozialem Status (Milieuzugehörigkeit, Bildung) und Partizipation der Bürger erklären sowie die Folgen für die Demokratie bewerten <p>→pbk 10: Diagramme und Statistiken</p> <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	
<p>Medien – unverzichtbare Akteure im demokratischen Prozess?</p> <ul style="list-style-type: none"> Fallbeispiel für eingeschränkte Medienfreiheit (z.B. Türkei, China) bzw. für besondere Konstellationen Politik – Medien (z.B. Medienlandschaft in Italien, fox news in USA) Konsequenzen für die politische Teilhabe 	<p>Macht und Entscheidung: Wie wird politische Herrschaft legitimiert?</p> <p>3.2.2.2 Politische Teilhabe</p> <ul style="list-style-type: none"> (5) die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern (zum Beispiel Meinungs- und Pressefreiheit, Medienkonsum, Medialisierung der Wahlkämpfe, Medialisierung der Politik) 	<p>2</p>

<p>„Mehr Demokratie wagen“?</p> <ul style="list-style-type: none"> • ein Beispiel für erweiterte Partizipationsmöglichkeiten (aktuell und/oder mit lokalem Bezug) erörtern • „Wie zufrieden bin ich mit meinen Teilhabe-Optionen?“ Arbeitsteilige Beurteilung verschiedener politischer Partizipationsformen <p>Mögliche Kriterien: Effektivität, Legalität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit Mögliche Spannungsverhältnisse: Legitimität vs. Effizienz, Partizipation vs. Repräsentation</p>	<p>Macht und Entscheidung: Sollen die Teilhabemöglichkeiten der Bürger erweitert werden? Interessen und Gemeinwohl: Wie kann die Demokratie weiterentwickelt und gesichert werden?</p> <p>3.2.2.2 Politische Teilhabe</p> <ul style="list-style-type: none"> (6) die Erweiterung der Partizipationsmöglichkeiten um dialogorientierte Partizipationsformen und Bürgerbeteiligung erörtern (zum Beispiel Zukunftswerkstatt, Mediation, Beteiligungshaushalt, Beteiligungsportale) (7) Möglichkeiten der Bürger, ihre Interessen in der repräsentativen Demokratie Deutschlands in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen, bewerten <p>2.1 Analysekompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ bei der Untersuchung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sach-, Konflikt- und Problemlagen unterschiedliche Perspektiven berücksichtigen (individuelle, öffentliche, systemische) <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ zu einer vorgegebenen Problemstellung eigenständig und unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven durch Abwägen von Pro- und Kontra-Argumenten ein begründetes Fazit ziehen ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht 	<p>4</p>
<p>Lernvoraussetzung</p>	<p>Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Fragen finden, wie die Macht zwischen den Verfassungsorganen in Deutschland verteilt ist (Macht und Entscheidung), wie die einzelnen Institutionen in Deutschland zusammenwirken (Ordnung und Struktur) und welchen Beitrag Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens leisten (Interessen und Gemeinwohl).</p>	

<p>Gesetzgebung – doch nicht nur Zuständigkeit der Legislative?!</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfassungsrecht und -wirklichkeit: Art. 77 Abs. 1 GG: „Die Bundesgesetze werden vom Bundestage beschlossen“; BVerfG: sog. „Wesentlichkeitstheorie“ • Anzahl der legislativen Akte nach Akteuren: Bundesregierung, -tag, -rat (Statistik) • Mitwirkung des Bundesrats bei Zustimmungs- und Einspruchsgesetzen 	<p>Macht und Entscheidung: Wie ist staatliche Macht in Deutschland verteilt? Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert?</p> <p>Ordnung und Struktur: Wie ist das politische System Deutschlands aufgebaut?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland?</p> <p>3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren</p> <ol style="list-style-type: none"> (1) die Bedeutung der Exekutive für die Gesetzgebung erläutern (Initiativrecht, Ministerialbürokratie) (2) die Mitwirkung des Bundesrats an der Gesetzgebung erläutern (einfache und zustimmungspflichtige Gesetze, Vermittlungsausschuss) <p>→ pbk 10: Diagramme und Statistiken</p>	<p>4</p>
<p>Mitregenten und Vetospieler – Entparlamentarisierung der politischen Entscheidungsfindung?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Europäisierung: an einem Beispiel, z.B. Datenschutzgrundverordnung (EU-Richtlinie), Pkw-Maut (EuGH) • Bewertung der Entscheidungsfindung in Deutschland (Berücksichtigung aller genannter Akteure: EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht; Begriffsklärung: Mitregent, Vetospieler; vertikale Gewaltenteilung; abstrakte Normenkontrolle; 	<p>Macht und Entscheidung: Wie ist staatliche Macht in Deutschland sowie zwischen Deutschland und der Europäischen Union verteilt? Wie wird staatliche Macht in Deutschland kontrolliert? Welchen Einfluss haben nicht staatliche Akteure auf Gesetzgebung und Kontrolle?</p> <p>Ordnung und Struktur: Wie ist das politische System Deutschlands aufgebaut?</p> <p>Interessen und Gemeinwohl: Welchen Beitrag leisten Verfahren und Institutionen zur Regelung und zum Schutz des friedlichen Zusammenlebens in Deutschland?</p> <p>3.2.2.3 Gesetzgebung und Regieren</p> <ol style="list-style-type: none"> (3) die Europäisierung der Gesetzgebung erläutern (zum Beispiel EU-Verordnungen, -Richtlinien, -Beschlüsse und -Empfehlungen, Entscheidungen des EuGH) (4) die Entscheidungsfindung im föderalen System Deutschlands mit der Vielzahl an Mitregenten und Vetospielern bewerten (EU, Interessenverbände, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht) <p>2.2 Urteilskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> ○ unter Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven eigenständig Urteile kriterienorientiert formulieren (zum Beispiel Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit, Transparenz, Repräsentation, Partizipation) und dabei die zugrunde gelegten Wertvorstellungen offenlegen ○ aufzeigen, dass sich politisches Urteilen und Handeln in einem ständigen Spannungsverhältnis wie zum Beispiel Macht versus Recht, Legitimität versus Effizienz, 	<p>4</p>

<p>Europäisierung</p> <p>Mögliche Kriterien: Effizienz, Effektivität, Legalität, Legitimität, Transparenz, Partizipation</p>	<p>Interesse versus Gemeinwohl, Partizipation versus Repräsentation, Konflikt versus Konsens vollzieht</p>	
<p>Urteilsbildung zur Leitfrage: Wie gut funktioniert unsere Demokratie?</p> <p>Erörterung unter Berücksichtigung der Grundlagen, der politischen Teilhabe, der Gesetzgebung und des Regierens sowie der Kontrolle politischer Herrschaft</p>		<p>2</p>